

# Frauenhäuser fordern Betreuungspauschale

Von Angela Neumann

**Bremen. Gedeemütigt, geschlagen, sexuell missbraucht: Für Frauen, die Gewalt erfahren, sind Frauenhäuser oft die letzte Rettung. Hier Zuflucht zu finden, rettet nicht selten das Leben der misshandelten Frauen. Zwar stehen in Bremen drei solcher Häuser zur Verfügung, jedoch ermöglicht das Finanzierungskonzept des Bremer Senats nicht immer eine optimale Betreuung. Zeitweise ist nicht mal genügend Geld verfügbar, um die Miete der Häuser oder die Gehälter der Mitarbeiter zu zahlen.**



© Christian Markwort/Weißer Ring

Laut einer Studie hat jede vierte Frau in Deutschland sexuelle oder körperliche Gewalt durch ihren (Ex-) Partner oder einen nahen Bekannten erlebt.

Die drei Bremer Frauenhäuser – zwei in Bremen, eines in Bremen-Nord – finanzieren sich über Pflegesätze. „Wir kriegen für jede Frau, die bei uns wohnt, einen Tagessatz“, erklärt Karin Schmidt, Mitarbeiterin des Autonomen Bremer Frauenhauses. Wenn das Frauenhaus voll belegt ist, sind sie und ihre Mitarbeiterinnen finanziell gut abgesichert. „Das ist aber natürlich absurd. Wenn die Auslastung mal etwas rückläufig ist, laufen die Kosten ja trotzdem weiter“, so Schmidt.

Häufig sind die Häuser nicht voll ausgelastet. Eigentlich ein gutes Zeichen,

nicht jedoch bei dem Bremer Finanzierungsplan. Im Autonomen Frauenhaus in Bremen kam es schon mal zu finanziellen Engpässen und auch im Autonomen Frauenhaus in Bremen-Nord ist das Problem bekannt. „Finanziell schwierig ist es immer“, sagt auch eine Mitarbeiterin des Hauses, die namentlich nicht genannt werden möchte. „Betreuen wir viele Frauen, kommen wir hin. Betreuen wir weniger, geht es uns ans Leder. Wir müssen häufig auf unser Gehalt warten“, so die Mitarbeiterin aus Bremen-Nord. Jedes Jahr im Februar sei es besonders schwer, weil der Monat kürzer ist und so Tagessätze fehlen, die Grundkosten jedoch genauso hoch sind wie in anderen Monaten.

„Es stimmt, dass die Sozialbehörde Entgelte für jede Frau zahlt. Da ist es auch verständlich, dass weniger Geld zur Verfügung steht, wenn weniger Frauen in der Einrichtung wohnen“, sagt David Lukaßen, stellvertretender Pressesprecher der Bremer Sozialbehörde. An das Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und das Autonome Frauenhaus in Bremen habe die Behörde der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen im vergangenen Jahr insgesamt 611.000 Euro gezahlt. „Zusätzlich zu den Tagessätzen können die Häuser noch Zuwendungen für Infotage, Broschüren oder Ähnliches beantragen“, so der Sprecher. Es könne außerdem sein,

dass andere Ressorts weitere Förderungen anbieten, zum Beispiel, wenn die Polizei mit den Mitarbeiterinnen der Häuser Veranstaltungen zum Thema „Gewalt“ anbiete. Dass die Finanzierung bisher ein Problem darstellte, sei ihm nicht bewusst gewesen, so Lukaßen: „In der letzten Haushaltsdebatte Ende vorigen Jahres wurde das Thema zumindest nicht angesprochen.“

Die Frauenhaus-Mitarbeiterin Karin Schmidt findet das Bremer Finanzierungskonzept äußerst fragwürdig, vor allem, weil es mit viel bürokratischem Aufwand verbunden ist: „Wenn eine Frau aus einer Gewaltsituation direkt zu uns kommt, müssen wir ihr schon im Erstgespräch den ALGII-Antrag vorlegen, sonst können wir unsere Kosten nicht decken.“ Das stelle für die Frauen in Notsituationen eine zusätzliche Belastung dar. Wäre der bürokratische Aufwand geringer, bliebe mehr Zeit für die Beratung und Betreuung der teilweise schwer traumatisierten Frauen und Kinder.

Was zudem bei dem Bremer Finanzierungsplan Schwierigkeiten macht: „Es gibt keine klare Regelung für Studentinnen, Auszubildende, Schülerinnen, Bürgerinnen aus anderen EU-Ländern, Frauen mit ungeklärtem Aufenthalts oder Residenzpflicht“, so Schmidt. Für diese Frauen, die keine Sozialleistungen erhalten, fallen auch die Pflegesätze weg. „Natürlich nehmen wir die Frauen trotzdem auf. Uns stehen aber keine finanziellen Mittel für ihre Betreuung zur Verfügung“, so Schmidt.

Im Autonomen Frauenhaus Bremen läuft die Antragstellung über das Jobcenter: „Das ist der Haken. Aufgabe des Jobcenters ist die Bewältigung von Arbeitslosigkeit. Die Frauen, die bei uns leben, suchen aber in erster Linie Schutz.“ Dass die bedrohten und misshandelten Frauen zunächst einen Termin beim Jobcenter machen müssen und dort ihre finanzielle Situation offen legen müssen, sei Schmidt zufolge alles andere als ideal. Doch erst wenn der Antrag beim Jobcenter eingereicht wurde, bekommen auch die Frauenhäuser Gelder der Sozialbehörde.

Weil die Finanzierungsstruktur zu unsicher sei, streben die Frauenhäuser nun eine bundeseinheitliche Förderung an. „Früher gab es auch Festsätze, so genannte Haushaltstitel, unabhängig von der Belegung. Damit konnten wir viel besser planen“, findet Schmidt.

Die Frage der Finanzierung der Frauenhäuser ist am Montag auch in Niedersachsen laut geworden. Die Grünen im niedersächsischen Landtag fordern eine Finanzierung der Frauenhäuser aus einer Hand auf Bundesebene. „Die Hilfe sollte sicher, schnell und unbürokratisch sein, jedoch ist das nicht mehr der Fall“, sagt die Grünen-Abgeordnete Elke Twesten. In mindestens zehn niedersächsischen Einrichtungen drohen Kürzungen.

Nach einer Studie des Bundesfamilienministeriums hat jede vierte Frau in Deutschland sexuelle oder körperliche Gewalt durch ihren (Ex-)Partner oder einen nahen Bekannten erlebt. Die Zahl der Hilfesuchenden sei auf konstant hohem Niveau. „In den vergangenen zehn Jahren hat sich viel zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt getan“, sagt die Vorsitzende des Landesfrauenrates, Mechthild Schramme-Haack. Allerdings müssten die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser viel zu viel Zeit in die Sicherung der Finanzierung stecken. Diese Zeit könne weit sinnvoller in der Arbeit mit den traumatisierten Frauen investiert werden, sagt Schramme-Haack.

(Mit Material von dpa)

## Mehr zum Thema

**Delmenhorst:** Häusliche Gewalt nimmt laut Polizeistatistik zu

**Erste Diskussion über ein "Bürgermut-Projekt" am 12. Mai geplant:**  
Nachbarschaftshilfe gegen häusliche Gewalt

**Kriminalität:** Häusliche Gewalt in Bremen nimmt zu

## Weitere Artikel aus diesem Ressort

**Beratungen des Bremer Senats:** Initiative gegen Hasskriminalität

**Schnelle Hilfe nur im Notfall:** Ausländerbehörde hat zu wenig Personal

**Neue Studie im Auftrag des Familienministeriums:** Bremen bietet zu wenig  
Kita-Plätze

**Veranstaltung zum sozialen Wohnungsbau im Rathaus:** Wohnraum:  
Böhrnsen für Selbstverpflichtung

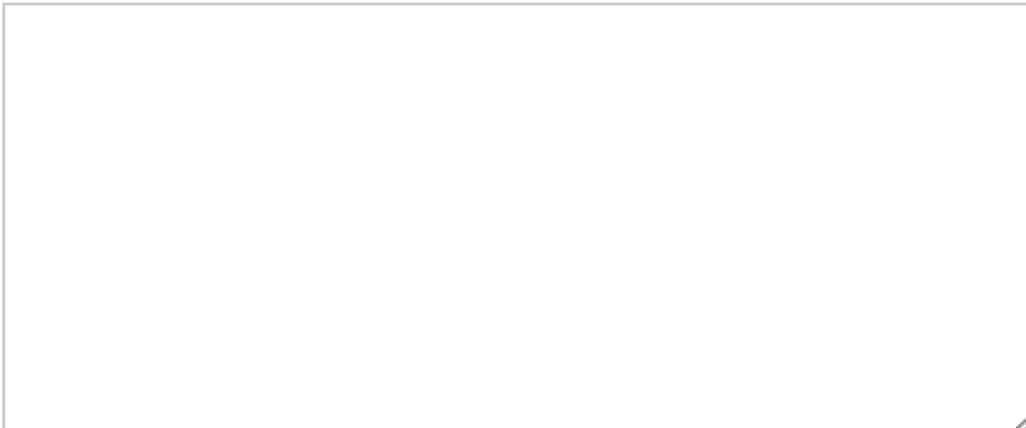
**Kultusminister beschließen Bildungsreform:** Gleiche Standards für alle  
Abiturienten

Bisher 0 Kommentare

[Eigenen Kommentar schreiben >>](#)

Bitte **loggen Sie sich ein**, um eigene Kommentare zu verfassen.  
Noch nicht registriert? [Jetzt kostenlos registrieren >>](#)

Diskutieren Sie über diesen Artikel

A large, empty rectangular box with a thin grey border, intended for users to write their comments. There is a small cursor icon in the bottom right corner of the box.

Bleiben Sie fair, sachlich und respektieren Sie die anderen Diskussionsteilnehmer.  
Um einen Link einzufügen schreiben Sie einfach den Link (http://...) oder E-Mail  
Adresse, wir erzeugen die klickbare Version.

**Abschicken**